

Pressemitteilung vom 13.11.2012

Neue Erkenntnisse: FREIE WÄHLER fordern Untersuchungsausschuss zum Schwarzgeldskandal um Gustl Mollath

Streibl: Merk als Justizministerin nicht mehr tragbar

München (de). Kurz vor der Ausstrahlung zweier justizkritischer Fernsehberichte der ARD-Politikmagazine „Report aus Mainz“ und „BR kontrovers“ zum Fall Gustl Mollath hat sich der Parlamentarische Geschäftsführer und rechtspolitische Sprecher der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, **Florian Streibl, bestürzt über den Umgang der bayerischen Justizministerin Beate Merk mit dem Fall** geäußert. **Streibl** sagte, die Erkenntnisse der Steuerfahndung Nürnberg sowie ein jetzt vorgelegter Bericht der Hypovereinsbank aus dem Jahr 2003 belegten klar, dass die Vorwürfe des seit sechs Jahren in der Psychiatrie untergebrachten Gustl Mollath der Wahrheit entsprächen. „Mollath hat immer wieder von Schwarzgeldverschiebungen der Hypovereinsbank im großen Stil gesprochen. Auch seine Angaben zu Geldtransfers in die Schweiz haben sich als wahr erwiesen, wurden jedoch von Justiz und Bayerischer Staatsregierung stets als Paranoia und Wahnvorstellung abgetan. **Das Gravierende: Die Staatsanwaltschaft war seit 29.12.2011 in Kenntnis des Berichtes, der Ministerin muss der Bericht mutmaßlich ab diesem Zeitpunkt vorgelegen haben.** Dies ist ein Angriff auf den Rechtsstaat von innen“.

„Merk ist überführt“, so **Streibl** weiter. „Sie hat offenbar wissentlich den Rechtsausschuss und das Bayerische Parlament zu täuschen versucht. **Merk hat uns Parlamentariern die Anzeige von Mollath mit konkreten Angaben zu Kunden, Kontonummern und weiteren Details vorenthalten.** Desweiteren hat sie zu keinem Zeitpunkt Ermittlungen angestoßen, geschweige denn die Steuerfahndung informiert. Zwei Punkte sind im Schwarzgeldskandal um Mollath besonders schwerwiegend: Zum einen wurde zu keinem Zeitpunkt die Anzeige Mollaths auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft. Demnach wurden trotz konkreter Beweise keine Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft geführt. Zum anderen wandte sich Mollath insgesamt viermal direkt an den damaligen Ministerpräsidenten Stoiber – erhielt jedoch niemals Antwort.“ Damit sei die Spitze der bayerischen Politik über die Schwarzgeldverschiebung in vollem Umfang informiert gewesen.

„Es handelt sich um einen Skandal, der seiner Dimension entsprechend in einem Atemzug mit dem Landesbankdebakel genannt werden muss. **Wir reden hier nicht von Ahnungslosigkeit oder Unvermögen – wir reden hier über Vorsatz**“, resümiert **Streibl**. Der Rechtsexperte der FREIEN WÄHLER erwartet sich tiefeschürfende und mit Sicherheit erschütternde Erkenntnisse über das „System-CSU“ durch einen Landtagsuntersuchungsausschuss. „Erst dann kann das volle Ausmaß der politischen Einflussnahme und Vertuschung sowie die Tragweite des Schwarzgeldskandals ans Tageslicht befördert werden.“

Welche Fragen ein Untersuchungsausschuss zum Fall Gustl Mollath klären müsste, lesen Sie auf der Folgeseite.

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION** im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de

Ein Landtagsuntersuchungsausschuss zum Fall Gustl Mollath muss folgende Kernfragen klären:

- 1) Warum hat der seinerzeitige Ministerpräsident Edmund Stoiber die Anzeigen von Mollath nicht bearbeiten lassen?
- 2) Ab welchem Zeitpunkt war die Justizministerin über die Schwarzgeldverschiebungen informiert?
- 3) Warum wurde die Justiz auf die Anzeige Mollaths hin zu keinem Zeitpunkt tätig?
- 4) Wie konnte Gustl Mollath für geisteskrank erklärt werden, wenn der Vorwurf der Schwarzgeldverschiebung nicht abgeklärt wurde?
- 5) Welche Personen innerhalb der Justiz/Staatskanzlei haben die Anzeige Mollaths bearbeitet?
- 6) In welchem Umfang erhielt die CSU von der Hypovereinsbank und ihrer Tochtergesellschaften Parteispenden?
- 7) Welche Kenntnisse hatten die staatlichen Vertreter bei der Hypovereinsbank von den Schwarzgeldverschiebungen?
- 8) Welche Rolle spielt der Nürnberger Innenminister a. D. Beckstein?
- 9) Warum belog Ministerin Merk den Rechtsausschuss und das Parlament?
- 10) Was wusste Ministerpräsident Seehofer, welche Maßnahmen hat er in Kenntnis der Schwarzgeldverschiebungen veranlasst?

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION** im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de